DER HAUPTSTADTBRIEF
AM SONNTAG
23. WOCHE
09.JUNI 2019

Rückkehr zu außenpolitischen Fundamenten

Die Reise des Bundespräsidenten nach Usbekistan zeigt, wie wichtig die Schnittstelle zwischen Europa und Asien ist | Von Manfred Grund und Dirk Wiese

Wie wichtig Zentralasien für Europa ist, hat Frank-Walter Steinmeier früh erkannt. Im November 2006 bereiste er als erster Außenminister aus einem EU-Mitgliedsland alle fünf zentralasiatischen Staaten. Er wollte damals ergründen, wie die Europäische Union mit der Region zusammenarbeiten könne, die – so war ihm schon damals klar – „einfach zu wichtig ist, als dass wir sie an den Rand unseres Wahrnehmungsspektrums verdrängen." Ein halbes Jahr später nahm die EU auf Initiative der deutschen Ratspräsidentschaft die Strategie „EU und Zentralasien – eine Partnerschaft für die Zukunft" (kurz: EU-Zentralasienstrategie) an. Sie bildet die Grundlage für das Engagement der EU in und mit der Region, die die Schnittstelle zwischen Europa und Asien bildet – und von den nicht immer einfachen Nachbarn Russland, China, Indien, Afghanistan, Pakistan und Iran umgeben ist.

Die Reise des Bundespräsidenten Steinmeier nach Usbekistan Ende Mai 2019 war also eine Rückkehr zu außenpolitischen Fundamenten, die er einst als Minister in der Region gelegt hatte. Aus ihnen ist eine echte Erfolgsgeschichte erwachsen, und dafür ist Usbekistan ein gutes Beispiel. Am Rande der Reise hat die Bundesregierung dem Land für 2019 und 2020 insgesamt 123,8 Millionen Euro für finanzielle und technische Zusammenarbeit zugesagt – eine Verzehnfachung. Vereinbart wurde zudem ein Fonds für Energiesparen. Unternehmensvertreter, die den Bundespräsidenten begleiteten, zeichneten zahlreiche Verträge. Der Besuch Steinmeiers war ein Meilenstein für die deutsch-usbekischen Beziehungen.

BERND VON JUTRCZENKA/DPA

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (links) und Abdulla Aripow, Ministerpräsident von Usbekistan, nehmen in Taschkent (Usbekistan) gemeinsam an einem runden Tisch von usbekischen und deutschen Wirtschafts- und Regierungsvertretern teil.

Der Bundespräsident – der begleitet wurde von Vertretern der Bundesregierung, des Parlaments und aus Wissenschaft, Wirtschaft und Medien – kam in ein verändertes Land. War das Usbekistan des Jahres 2007 noch straff autoritär regiert gewesen, so hat der neue Staatspräsident Shavkat Mirziyoyev seit Ende 2016 einen ehrgeizigen Reformkurs eingeschlagen. Er zielt auf wirtschaftliche Liberalisierung, Stärkung des Parlaments, Dezentralisierung der Verwaltung, Korruptionsbekämpfung sowie Reformen der Justiz. Mirziyoyev versicherte dem Bundespräsidenten, er werde Kurs halten: „Es gibt keinen Weg mehr zurück."

Zwar ist der Weg noch weit, wie auch Steinmeier anmerkte, und gravierende Defizite an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bestehen fort. Dennoch ist der Fortschritt greifbar, und auch die Menschenrechtslage verbessert sich beständig. So kamen seit Amtsantritt Mirziyoyevs politische Gefangene frei, und die politische Führung spricht Missstände nun offen an. Den Kampf gegen Zwangs- und Kinderarbeit bei der Baumwollernte führt Usbekistan heute entschlossen mit Unterstützung der Internationalen Arbeitsorganisation ILO.

Steinmeier würdigte diese Anstrengungen. „Wir verfolgen den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbruch unter Ihrer Führung mit viel Respekt und Sympathie", sagte er an Staatspräsident Mirziyoyev gewandt. Deutschland wolle Mirziyoyev ermutigen, „auf diesem Weg entschlossen weiterzugehen". Steinmeier und Mirziyoyev kannten sich bereits vom Berlin-Besuch des usbekischen Präsidenten im Januar 2019 – dem ersten eines usbekischen Staatsoberhaupts seit 18 Jahren.

Die Bedeutung Zentralasiens für Europa hat seit 2007 weiter zugenommen. Zugleich hat sich die geopolitische Schlüsselregion – Usbekistan zeigt es – grundlegend verändert. Die EU-Kommission und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik haben diesen Entwicklungen Rechnung getragen und am 15. Mai eine überarbeitete Zentralasienstrategie vorgestellt. Unter dem Titel „New Opportunities for a Stronger Partnership" soll diese voraussichtlich im Juni 2019 durch die EU verabschiedet werden. Sie setzt darauf, die Stabilität und Widerstandsfähigkeit der Region zu stärken, wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und den Dialog zu intensivieren. Im Oktober 2018 hatte die EU bereits mit der EU-Asien-Konnektivitätsstrategie ein Angebot für den partnerschaftlichen Ausbau von Infrastruktur, Digitalisierung, Mobilität und Austausch formuliert. Unmittelbar nach der Rückkehr Steinmeiers brach der Präsident des Europäischen Rates Donald Tusk zu einer Reise nach Tadschikistan, Kasachstan und Usbekistan auf.

Der Besuch des Bundespräsidenten endete mit der Besichtigung der alten Seidenstraßen-Stadt Chiwa. Wie überall war der Empfang durch die Usbeken auch dort enthusiastisch – und die Überraschung der nicht wenigen deutschen Touristen groß, ausgerechnet hier dem Bundespräsidenten zu begegnen. Seit Januar benötigen Deutsche für einen Kurzaufenthalt in Usbekistan kein Visum mehr. Die Reise lohnt sich unbedingt.

IMAGO/HÖFER

MANFRED GRUND

ist Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses.

PRIVAT

DIRK WIESE (SPD)

ist seit 2018 Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft der Bundesregierung.

Ohne Markenkern

Unter europäischen Sozialdemokraten – wer weist den Weg aus der Krise? | Von Klaus Prömpers

Das Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts" läutete der liberale Soziologe Ralf Dahrendorf bereits 1983 ein. Helmut Kohl hatte als CDU-Vorsitzender gerade Helmut Schmidt aus dem Kanzleramt mittels konstruktiven Misstrauensvotums gewählt. Die Sozialdemokraten spaltete zu jener Zeit die Durchsetzung des Nato-Doppelbeschlusses, also die Stationierung von Pershing-II- und Cruise-Missile-Mittelstreckenraketen in Europa. Millionen protestierten im Bonner Hofgarten, unter anderem mit Willy Brandt als Redner – ohne Erfolg. Eine Wertschöpfungssteuer wurde diskutiert – ohne Konsequenz.

Mit dem Fall der Mauer 1989 verschärfte sich die Konkurrenzlage für die SPD. Ihr Ehrenvorsitzender Willy Brandt erklärte mir damals, der Mauerfall werde bittere Konsequenzen für beide Volksparteien haben. Zuvörderst aber für die SPD. Die habe sich im Nachkriegseuropa gut einrichten können zwischen Kommunismus und einem Kapitalismus, wie ihn die Unionsparteien in Deutschland bedienten. Mit dem Kollaps des Kommunismus werde die politische Geographie neu gezeichnet. Und so kam es auch.

Im wieder freien östlichen Europa verwandelten sich alte kommunistische Parteien quasi über Nacht zu Sozialdemokraten. Glaubwürdigkeitsprobleme waren vorhersehbar. Eine Mischung aus alter Garde und Staatsapparat wollte den Übergang der Macht in eigenen Händen behalten. Die Folge waren rätselhaft schnell reich gewordene Millionäre. Die Korruption ist dort bis heute endemisch und auch in sozialdemokratischen Parteien nicht ausgerottet. Kein Wunder, dass ein Vorsitzender wie der Sozialdemokrat Liviu Dragnea in Rumänien, vorbestraft wegen Wahlfälschung und Korruption, mittlerweile tatsächlich im Gefängnis sitzt. Mit 89 Prozent wiesen die Wähler des Landes in einer Volksabstimmung am Tag der Europawahl alle Versuche zurück, Korruption weniger strafbar zu machen.

Das Ausmaß der Korruption hat in den vergangenen Jahrzehnten dazu geführt, dass vor allem die junge Generation sich von den Repräsentanten nicht wirklich vertreten fühlte. Viele wanderten ab in den Norden und Westen auf der Suche nach Arbeit. Die älteren Generationen sterben schlicht weg. Die im Lande verbliebene junge Generation oszilliert zwischen halblinks und nationalistisch. Sozialdemokratische Erfolgsgeschichten in Europa erzählen lediglich Dänemark, Spanien, Portugal und Nordmazedonien. Sie tun dies allerdings in Teilen mit einer Migrationspolitik, wie sie Sebastian Kurz in Österreich betrieben hat – also weit restriktiver, als dies traditionell sozialdemokratische Position war.

ZENTRUM LIBERALE MODERNE

KLAUS PRÖMPERS

leitete als Korrespondent die ZDF-Studios in Wien und New York. Zuvor war er für die Sendung Bonn direkt verantwortlich. Er lebt in Wien.

ULLSTEIN BILD - AP

Große Zeit der Sozialdemokratie 1975 in Berlin: Bruno Kreisky aus Österreich (mitte), Olof Palme aus Schweden und Bundeskanzler Willy Brandt führten die Regierungen ihrer Länder an. Harold Wilson war britischer Premierminister, Jitzchak Rabin Ministerpräsident Israels, und Joop den Uyl regierte die Niederlande.

Im Windschatten des Neoliberalismus suchten Tony Blair in Großbritannien und Gerhard Schröder in Deutschland um die Jahrtausendwende vergeblich nach einem Dritten Weg. Zwar gelang ihnen jeweils die Rückkehr der Sozialdemokraten an die Macht. Aber durch ihre konkrete Politik erschwerten sie die Identifikation der Wähler mit der Partei. Nicht nur in diesen beiden Ländern leiden die Parteien bis heute unter den Folgen.

Die „Sozialistische Internationale" ist bedeutungslos geworden ebenso wie die Kooperation Europäischer Sozialdemokratie. Programmatische Unschärfen und teils große Unterschiede haben die Erkennbarkeit der Sozialdemokratie geschwächt. Es fehlt, was jede Marke sucht: die Unique Selling Proposition (USP), das unveränderliche Kennzeichen eines Markenartikels, wie es die Sozialdemokratie früher selbstgewiss mit dem Slogan „Soziale Gerechtigkeit" besaß. Heute buchstabiert das jeder unterschiedlich, je nach Land und Situation der Partei, was Junge und Alte, Arme und Reiche angeht. Zudem haben Grüne und radikale Linke, selbst teils Konservative diesen Spruch in ihre Programme übernommen.

Selbst die Praxis der Demokratie eint die Sozialdemokraten in Europa nicht mehr. Gehören der langjährige slowakische Ministerpräsident Robert Fico und seine nicht viel mehr als auf dem Papier sozialdemokratische Partei dazu? Im April dieses Jahres sahen die europäischen Sozialdemokraten keine andere Möglichkeit, als die rumänische Partidul Social Democrat aus ihren Reihen auszuschließen.

Fast ist man versucht, die Lage der Sozialdemokraten mit der Lage der katholischen Kirche zu vergleichen. Was der katholischen Kirche der Missbrauchsskandal ist, das ist der Sozialdemokratie das Abrücken von kompromissloser Politik für die Unterprivilegierten:

zwei Glaubensgemeinschaften auf der Suche nach Halt und Mitgliedern. Papst Franziskus immerhin gibt den Katholiken Hoffnung. In den sozialdemokratischen Parteien fehlen solche charismatischen Persönlichkeiten bislang. Eine Erneuerung setzt auf jeden Fall auch eine Selbstvergewisserung über die Ziele voraus.

Klimawandel, Sicherheit, Migration, Generationengerechtigkeit und Zukunft der Arbeit. So dürften die großen Themen heißen, die die Menschen umtreiben. Von Land zu Land geben Sozialdemokraten bisher unterschiedliche Antworten darauf. Ganz allmählich beginnt man, Prioritäten und Ideen neu zu sortieren. Noch fehlt eine Antwort auf die diffusen Verlustängste der Menschen. Zurück bleibt eine Kakophonie, die einen zweifeln lässt, ob noch Gestaltungsspielraum und Wille vorhanden sind, sich selbst neu zu erfinden, zum Nutzen der Gesellschaft. Lord Dahrendorf könnte sonst doch Recht behalten, wenn auch erst 36 Jahre später.

DIE **KOLUMNE** AM SONNTAG

Sonstige Vereinigung

PRIVAT

GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des HAUPTSTADTBRIEFS. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Hier erinnert er an die politisch vielgestaltige Gründungsphase der Grünen vor 40 Jahren.

Anfang kommenden Jahres werden die Grünen ihrer Gründung im Januar 1980 in Karlsruhe gedenken. Doch das – politische wie finanzielle – Fundament dafür wurde vorher gelegt: morgen vor 40 Jahren bei der ersten Europawahl am 10. Juni 1979. Die Besonderheit des Wahlgesetzes, das nicht nur Parteien, sondern auch „Sonstigen Politischen Vereinigungen" die Beteiligung an der Wahl erlaubte, hatte dazu geführt, dass sich Organisationen aus dem „alternativen" Milieu in einem Bündnis zusammengetan hatten. Sie nannten es „Sonstige Politische Vereinigung DIE GRÜNEN". Selbstverständlich war das nicht. In vielen Bundesländern hatten sich miteinander streitende „Grüne Listen" und „Bunte Listen" gebildet. Konservative Ökologen waren darunter, wie der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl, der die Unionsfraktion verlassen und eine „Grüne Aktion Zukunft" gegründet hatte. Deutschnationale waren dabei, wie August Haußleiter, der Chef einer Splitterpartei („Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher") war, sowie ehemalige Sozialdemokraten und versprengte Linke. Roland Vogt vom „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz" (BBU) war mit von der Partie. Bei einigen Kommunal- und Landtagswahlen hatten sie schon Achtungserfolge erzielt – mehr aber auch nicht. Auch intern setzten sie sich mit dem Vorhalt auseinander, letzten Endes die SPD zu schwächen und damit CDU und CSU zu nutzen.

Petra Kelly, Gruhl und Vogt führten die Liste an. Auch der damals bekannte (und ziemlich skurrile) „Öko-Bauer" Baldur Springmann, der Schriftsteller Carl Amery und Joseph Beuys waren Kandidaten. Ihre „SPV DIE GRÜNEN" scheiterte zwar an der Fünf-Prozent-Hürde, die es damals bei der Europawahl noch gab. Doch mit 3,2 Prozent erzielte sie ein Ergebnis, das sich sehen lassen konnte. Das Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde erschien von nun an auch bei bundesweiten Wahlen realistisch, was zum Weitermachen ermunterte. Zudem erhielten sie 4,5 Millionen D-Mark als Wahlkampfkostenrückerstattung. Damit war der finanzielle Grundstock der neuen Partei gelegt. Zwar scheiterten die Grünen bei der Bundestagswahl 1980 mit bloß 1,5 Prozent, was vor allem an der Polarisierung zwischen SPD-Kanzler Helmut Schmidt und CSU-Herausforderer Franz Josef Strauß lag. Doch 1983 wurde aus der außerparlamentarischen Opposition eine parlamentarische Partei. Eine ziemlich erfolgreiche zudem, wie sich dieser Tage zeigt.

IMPRESSUM DER HAUPTSTADTBRIEF am Sonntag erscheint wöchentlich in der Berliner Morgenpost | Verleger: Detlef Prinz (verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes) | Herausgeber: Ulrich Deppendorf | Kolumne: Günter Bannas | Art Director: Paul Maria Kern | Layout: Gordon Martin
Anschrift für alle: Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH | Uhlandstraße 175 | 10719 Berlin | Tel. 030/21 50 54 00 | info@derhauptstadtbrief.de | www.derhauptstadtbrief.de | © DER HAUPTSTADTBRIEF 2019